

F. **Parteiinterna an die 2. Tagung des 14. Landesparteitages**

F.9. **Trennung von Amt und Mandat**

Einreicher*innen: KPF Landesverband Sachsen, KPF Chemnitz, IG Frieden-Gerechtigkeit-Solidarität/Chemnitz, OV Sonnenberg/Chemnitz,
Unterstützer*innen: Jonny Michel, Angela & Rainer Scheider, Claudia & Matthias Schwander, Erna Ziegler, Renate Weinbrecht, Dietmar Lehmann, Raimon Brete

Der Parteitag möge die Trennung von Amt und Mandat beschließen:

Mandatsträgerinnen und Mandatsträger dürfen keine Parteiämter ausüben und umgekehrt.

Die Landessatzung ist dahingehend abzuändern.

Begründung:

Innerparteilich: Die Ausübung eines Mandats in Verbindung mit der Begleitung eines Parteiambtes durch ein und dieselbe Person stellt eine Konzentration von Macht dar und kann die Durchsetzung einer Meinungsvielfalt be- bzw. verhindern. Gleichwohl führt eine Trennung von Amt und Mandat zu einer sinnvollen und deutlichen Abgrenzung zwischen den politischen Anforderungen an einen Amtsträger/eine Amtsträgerin der Partei, die sich aus dem Programm ergeben, und den parlamentarischen/kommunalen Verpflichtungen an einen Mandatsträger/eine Mandatsträgerin, die sich aus den sogenannten politischen Zwängen bei der Herstellung von Mehrheitsbeschlüssen ergeben können und praktisch auch ergeben..

Die Konzentration von Amt und Mandat auf eine Person ist fernab der sinnvollen Nutzung einer demokratischen Vielfalt in der politischen Arbeit sowie der effektiven Nutzung personeller sowie geistiger Ressourcen der Partei. Sie wirkt entgegen den Beschlüssen über die Ausweitung demokratischer Strukturen innerhalb der Partei und vernachlässigt die negativen Erfahrungen aus der SED-Zeit.

Gesellschaftlich: Werden Amt und Mandat in einer Person vereint, kommt es zwangsläufig zu teilweise illegaler Parteienfinanzierung. Kein Mandatsträger/keine Mandatsträgerin kann klar nachweisen, welche Zeit für die Ausübung dieser Tätigkeiten jeweils benötigt wird. Mandatsträger/Mandatsträgerinnen lassen sich, so sie noch Parteiämter begleiten, somit für ihre Parteiarbeit auch vom Steuerzahler bezahlen. Eine Trennung in finanzieller Hinsicht ist eine Illusion. Oft stehen dem Mandatsträger/der Mandatsträgerin noch bezahlte politische Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen zu Verfügung, die ebenfalls aus Steuermitteln entlohnt werden. Dem garantiert vorgetragenen Gegenargument, die anderen Parteien würden ebenfalls diese finanziellen Widersprüche in Kauf nehmen, wird hiermit im Vorfeld widersprochen. Die Partei DIE LINKE propagiert, nicht wie die anderen Parteien sein zu wollen. Dem muss auch beim Finanzgebaren Rechnung getragen werden.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____